

Inhaltsverzeichnis	I
Literaturverzeichnis	XI
Einleitung	1
1. Teil: Die theoretischen Grundlagen	5
1. Kapitel: Die begriffliche Umschreibung eines Beweises vom Hörensagen und seine rechtliche Einordnung in das Gesamtsystem des Beweisrechts	5
I. Kennzeichnende Merkmale eines Hörensagenbeweises erläutert am Beispiel des Zeugen vom Hörensagen	6
1. Die Mitteilung eines Dritten als Beweistatsache	6
a) Reproduktion der Wahrnehmung eines Dritten	6
b) Die Wahrnehmung von Tatsachen als Inhalt der Mitteilung	8
aa) Die Form der Übermittlung	8
bb) Wahrgenommene Tatsachen als Inhalt der Übermittlung	10
cc) Behauptung einer Wahrnehmung von Tatsachen	14
2. Das Verhältnis zwischen der Beweistatsache und dem eigentlichen Beweisthema	15
a) Der für den Hörensagenbeweis charakteristische Beweisgegenstand	15
b) Die Behandlung sog. res-gestae-Bekundungen	19
II. Die Abhängigkeit einer rein formalen Begriffsbestimmung eines Beweismittels von der Funktionszuweisung durch das Gericht	20
III. Zusammenfassung bisheriger Ergebnisse und Versuch einer Definition	22

	Seite
IV. Überblick über andere Konstellationen des Hörensagenbeweises	23
1. Die Vermittlung von Fremdwissen durch Sachverständige und Angeklagte	24
a) Der Sachverständige als vermittelndes Subjekt	24
b) Die Vermittlung von Fremdwissen durch den Angeklagten	32
2. Die Reproduktion von Tatsachenwahrnehmungen des Angeklagten und des Sachverständigen	33
3. Die Vermittlung des Inhalts von Sachbeweisen als Fall eines Hörensagenbeweises?	35
a) Die Vernehmung über den Inhalt einer Urkunde	35
b) Die Beweismittlung bei Augenscheinsbeweisen	37
V. Der Hörensagenbeweis als besonderer Fall eines Indizienbeweises	39
1. Der Reproduzierende als indirektes Beweismittel	39
2. Indizielle Beweisführung beim Hörensagenbeweis	40
 2. Kapitel: Die Auswirkungen der strukturellen Besonderheiten des Beweises vom Hörensagen auf die Beurteilung seines Beweiswertes	 46
I. Die Beschreibung einzelner Fehlerquellen und Möglichkeiten ihrer Begrenzung	47
II. Vergleich mit anderen Beweissurrogaten	53
1. Vernehmungsprotokolle	53
2. Private schriftliche Aufzeichnungen	57
3. Berichtende Tonbandaufnahmen	58

	Seite
3. Kapitel: Die rechtliche Beurteilung des Beweises vom Hörensagen vor Entstehung der Reichsstrafprozeßordnung von 1877	60
I. Von den frühen Anfängen bis zum Ende des gemeinrechtlichen deutschen Inquisitionsprozesses	60
1. Zeugen vom Hörensagen in der Epoche germanischen Rechtsdenkens bis zum mittelalterlichen deutschen Inquisitionsverfahren	60
2. Die rechtliche Beurteilung nach der Peinlichen Gerichtsordnung Karls V.	64
3. Die Bedeutung des Hörensagenbeweises im gemeinen Recht und in den Partikulargesetzen des beginnenden 19. Jahrhunderts	69
II. Der Hörensagenbeweis unter der Geltung des reformierten Strafprozesses	72
III. Das formale Beweissystem als Grund für die rechtliche Einordnung des Zeugnisses vom Hörensagen während der Geltung des Inquisitionsverfahrens	74
 2. Teil: Die Behandlung des Hörensagenbeweises nach geltendem Recht unter Ausklammerung rechtlicher Besonderheiten bei der Vernehmung von Verhörspersonen	 75
 4. Kapitel: Mittelbare Beweisführung durch Zeugen vom Hörensagen im Lichte der fundamentalen Beweisgrundsätze der Strafprozeßordnung	 76
I. Ausschluß des Hörensagenbeweises durch § 250 StPO?	76
1. Interpretation der Vorschrift im Sinne einer umfassenden Regelung auch des materiellen Unmittelbar-	

	Seite
keitsverständnisses	78
a) Folgerung eines völligen Verbots der Reproduktion fremder Tatsachenwahrnehmung	79
b) Folgerung eines beschränkten Verbots aus dem Prin- zip des bestmöglichen Beweises	83
2. Interpretation ausschließlich im Sinne einer Regelung der formellen Seite des Unmittelbarkeitsprinzips	86
a) Das Schrifttum	86
b) Die Rechtsprechung	88
3. Kritik der Ansichten anhand einer Auslegung der Norm	88
 II. Einschränkungen des Hörensagenbeweises aus dem System- zusammenhang der Strafprozeßordnung	 98
 1. Hörensagenbeweis und Aufklärungspflicht, § 244 Abs. 2 StPO	 98
a) Das Gebot umfassender Sachverhaltsaufklärung im Spannungsverhältnis zu mittelbaren Zeugenbeweisen	98
b) Die eigentlich problematischen Fälle	102
2. Hörensagenbeweis und freie richterliche Beweiswür- digung, § 261 StPO	107
a) Die Vereinbarkeit des Zeugnisses vom Hörensagen mit dem Grundsatz freier richterlicher Beweiswür- digung	107
b) Grenzen der Überzeugungsbildung des Richters	118
 5. Kapitel: Der Hörensagenbeweis im Lichte von Verfassung und Menschenrechtskonvention	 122
 I. Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz	122
1. Der Anspruch auf rechtliches Gehör, Art. 103 Abs. 1 GG	122
2. Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG und Rechtsstaats- prinzip, Art. 20 Abs. 3 GG	126
a) Der Anspruch auf Achtung der Menschenwürde	126

	Seite
b) Vereinbarkeit mit rechtsstaatlichen Grundsätzen	126
II. Vereinbarkeit mit Garantien der Menschenrechtskonvention	128
1. Die Garantie des Art. 6 Abs. 3 lit. d MRK	129
2. Die Garantie des Art. 6 Abs. 1 MRK	133
6. Kapitel: Die Behandlung des Hörensagenbeweises im anglo-amerikanischen Recht	135
I. Inhaltliche Umschreibung der Hearsay Rule und ihre Rechtfertigung im anglo-amerikanischen Strafverfahren	136
II. Ausnahmen vom Verbot mittelbarer Beweisführung	140
III. Die Hearsay Rule als Vorbild für das deutsche Strafverfahrensrecht?	144
3. Teil: Die besondere rechtliche Problematik der Vernehmung von Verhörspersonen	148
1. Abschnitt: Die Zulässigkeit der Vernehmung von Verhörspersonen unter Ausklammerung der besonderen Probleme bei der Wiedergabe von V-Mann-Wissen	150
7. Kapitel: Spezielle Einwände gegen die Heranziehung von Verhörspersonen zu Beweis Zwecken	150
I. Der Einwand unzulässiger Rollenvertauschung	150
II. Einwände im Zusammenhang mit der qualitativen Beurtei-	

	Seite
lung der Aussagen von Verhörspersonen	154
1. Der qualitative Vergleich der Beweiswerte von Vernehmungsprotokollen und Verhörspersonen als Zeugen vom Hörensagen	155
2. Folgerungen aus dem geringen Beweiswert für die Zulässigkeit einer Beweisführung durch Verhörspersonen	156
a) Annahme eines absoluten Verwertungsverbotes	157
b) Rechtliche Einordnung als Normalfall eines Hörensagenbeweises	157
c) Annahme subsidiärer Zulässigkeit	158
d) Eigene Ansicht	159
 8. Kapitel: Besondere Einwände gegen eine Vernehmung von Verhörspersonen aus der gesetzlichen Intention der §§ 252 und 254 StPO	 161
 I. Die Verwertbarkeit von Aussagen zeugnisverweigerungsberechtigter Auskunftspersonen nach § 252 StPO	 161
1. Die Reproduktion von Angaben aus einer förmlichen Vernehmung	163
a) Annahme eines relativen Verwertungsverbotes	163
b) Zulassung einer Vernehmung richterlicher und nichtrichterlicher Verhörspersonen nach erfolgter Belehrung	165
c) Annahme eines absoluten Verwertungsverbotes	165
d) Eigene Ansicht	166
2. Die Verwertbarkeit von Angaben aus einer "informatischen Befragung" und sog. Spontanäußerungen	172
a) Die Rechtsprechung	174
b) Ansichten im Schrifttum	176
c) Eigener Lösungsansatz	177

II. Die Vernehmung von Verhörspersonen anstelle einer unzulässigen Verlesung nichtrichterlicher Geständnisprotokolle im Rahmen von § 254 StPO	180
1. Die Auffassungen Grünwalds und v. Hippels	182
2. Die Ansicht der Rechtsprechung und herrschenden Lehre	183
3. Stellungnahme	183
III. Die Zulässigkeit der Verwendung nichtverlesbarer Verhörsprotokolle zu Vorhaltezwecken	187
1. Folgerung der Unzulässigkeit wegen der Gefahr bloßer Protokollwiedergabe	188
2. Annahme uneingeschränkter Zulässigkeit als Vernehmungsbehelf	190
3. Eigene Ansicht	191
 2. Abschnitt: Die besondere Problematik der Wiedergabe von Angaben behördlich geheimegehaltener V-Leute in der Hauptverhandlung	 195
 9. Kapitel: Die Zulässigkeit mittelbarer Beweisführung im Zusammenhang mit der Verwertung von V-Mann-Wissen	 200
I. Die Entscheidung des Großen Senats vom 17. Oktober 1983 und ihre Auswirkungen auf die Zulässigkeit des Hörensagenbeweises	201
1. Die Rechtslage vor der Entscheidung des Großen Senats	201
2. Inhalt und Auswirkungen der Entscheidung für die	

Verwertbarkeit von V-Mann-Angaben	205
a) Der Inhalt des Beschlusses	205
b) Konsequenzen für die Beweisführung	206
aa) Annahme eines Verbots mittelbarer Beweisführung bei Geheimhaltung der Identität des V-Mannes	206
bb) Fehlen einer Pflicht zur Offenlegung der Identität bei der Heranziehung von Beweis-surrogaten	208
cc) Stellungnahme	210

II. Die Zulässigkeit der Reproduktion von Angaben behördlich geheimgehaltener V-Leute gemessen an strafprozessualen Grundsätzen und übergeordneten Prinzipien	213
---	-----

1. Lösung aus dem Systemzusammenhang der Strafprozeßordnung	213
2. Die verschiedenen Ansätze zur Begründung eines Beweisverwertungsverbotes	217
a) Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	217
b) Der Grundsatz der Öffentlichkeit	219
c) Verstoß gegen die freie richterliche Beweiswürdigung	220
d) Die Kompetenzordnung des Hauptverfahrens	221
e) Die richterliche Unabhängigkeit	224
f) Der Anspruch auf rechtliches Gehör	226
g) Die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens	230
aa) Widersprüchlichkeit staatlichen Verhaltens	231
bb. Der Grundsatz der Prozeßfairneß	234
3. Eigene Ansicht	238

10. Kapitel: Die V-Mann-Problematik im Lichte rechtspolitischer Erwägungen	244
--	-----

I. Anlehnung an ausländische Vorbilder?	245
---	-----

	Seite
II. Ansätze für gesetzliche Änderungen der Strafprozeß- ordnung	248
1. Normierung eines Beweisverwertungsverbotes bei Geheimhaltung der Identität des V-Mannes	249
2. Abhängigkeit der Verwertung belastender V-Mann-An- gaben von der Anwesenheit des Verteidigers bei nichtrichterlichen Vernehmungen	250
III. Eigener Gesetzesvorschlag	252
1. Inhalt	252
2. Begründung	252
Ausblick und Zusammenstellung der gefundenen Ergebnisse	254